

schweiz

Die Post kauft und kauft und kauft: schon 28 Firmenübernahmen seit dem Strategiewechsel

Um in neue Märkte vorzustossen, hat die Post bereits gegen eine halbe Milliarde Franken für Firmenkäufe ausgegeben. Das Parlament will dem aggressiven Gebaren des Staatsbetriebs nun Einhalt gebieten – doch der Bundesrat steht auf der Bremse.

David Vonplon (dvp)

David Vonplon

In den Jahren 2021 und 2022 hat die Post 324 Millionen Franken für Übernahmen ausgegeben. Post-CEO Roberto Cirillo. Peter Schneider / Keystone

Vor knapp drei Jahren verpasste Konzernchef Roberto Cirillo der Post eine neue Wachstumsstrategie. Weil das klassische Brief- und Schaltergeschäft erodiert, ist das Unternehmen gezwungen, neue Geschäftsfelder zu erschliessen. 28 Unternehmen hat sich der Konzern seither einverleibt, wie neue Zahlen zeigen. Und die Palette an neuen Geschäften und Dienstleistungen wird immer grösser. Die Post ist nun auch eine Anbieterin von Buchhaltungs- und Gemeindesoftware, verkauft digitale Aussenwerbung, berät Unternehmen in Sachen IT-Sicherheit und gibt eine App heraus, die Familien das Einkufen erleichtern soll.

Und der Hunger des gelben Riesen ist noch lange nicht gestillt: In diesem Jahr hat die Post eine Cybersecurity-Firma aus dem Aargau mit 90 Mitarbeitenden geschluckt sowie einen Anbieter von digitalen Veranstaltungsplattformen aus Lausanne mit 120 Beschäftigten. Dazu kamen vier Speditionsfirmen aus dem Ausland, darunter ein elsässisches Familienunternehmen mit 790 Mitarbeitenden und einer Flotte von über 400 Lastwagen.

Um diese Übernahmen zu tätigen, greift der Bundesbetrieb tief in die Konzernkasse. In den Jahren 2021 und 2022 hat die Post dafür insgesamt 324 Millionen Franken ausgegeben, wie sie auf Anfrage mitteilt – zu den Aufwänden der Transaktionen im laufenden Jahres gibt sie keine Auskunft. Über die Einzelheiten der jeweiligen Käufe habe man mit den beteiligten Partnern Stillschweigen vereinbart, erklärt Post-Sprecher Stefan Dauner. Unter dem Strich dürfte das Unternehmen jedoch bereits gegen eine halbe Milliarde Franken für Übernahmen ausgegeben haben. Und in diesem Stil soll es auch in den nächsten Jahren weitergehen. Insgesamt will das Unternehmen bis ins Jahr 2030 nicht weniger als 1,5 Milliarden Franken in Übernahmen in neuen Geschäftsfeldern investieren.

Ob es der Post mit ihrer Vorwärtsstrategie gelingen wird, das wegbrechende Kerngeschäft zu kompensieren, ist derweil noch völlig offen. Eine erste Bilanz der neuen Strategie fällt durchgezogen aus. Der Post fällt es offensichtlich schwer, das Prinzip des Briefgeheimnisses auf die digitale Welt zu übertragen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Digitalsparte des Konzerns auch im nächsten Geschäftsjahr nicht aus den roten Zahlen herauskommt. Man sei bei der Einheit Kommunikations-Services noch nicht ganz so rasch unterwegs wie ursprünglich geplant, räumt Sprecher Dauner ein. Die Erträge seien zwar gestiegen, die Ergebnisse jedoch täten dies nicht im gleichen Masse. Gefragt sei nun ein langer Atem.

Bundesrat soll Firmenkäufe genehmigen müssen

Unter Druck gerät die Post mit ihrer Strategie auch im Parlament. Dort haben derzeit jene Kräfte die Oberhand, welche die Post in ihrem Expansionsdrang bändigen wollen. Vorletzte Woche sprach sich der Nationalrat für eine Motion des Ostschweizer Mitte-Politikers Thomas Rechsteiner aus. Sie fordert, dass die Post dem Bundesrat künftig Firmenkäufe ausserhalb des Kerngeschäfts vorab zur Genehmigung vorlegen und zuhanden der verantwortlichen Parlamentskommission begründen muss. Der Bundesrat soll dazu die nötigen Gesetzesänderungen vorschlagen.

Rechsteiner kritisiert, dass die Post bei ihren Aktivitäten ausserhalb ihres Kernauftrags nur an die vage formulierten strategischen Ziele des Bundesrats gebunden sei. Sonst jedoch könne sie nach freiem Ermessen unternehmerisch tätig sein. Da sich die Post mit ihren Übernahmen in Märkten bewege, die teilweise ein sehr hohes Risiko bergen, genüge die bisherige Ex-Post-Kontrolle durch den Bundesrat nicht mehr. «Der Bundesrat darf Grossinvestitionen der Post und anderer Bundesunternehmen künftig nicht einfach abnicken, sondern muss verpflichtet werden, deren Wirtschaftlichkeit im Voraus zu überprüfen – nicht zuletzt im Interesse der Steuerzahler», erklärt Rechsteiner.

Diese Argumentation überzeugte die Mehrheit des Nationalrats – und dies, obwohl die FDP fast geschlossen gegen die Motion stimmte, weil ihre Vertreter einer falschen Stimmempfehlung folgten. Bundesrat Albert Rösti, der als Nationalrat den Vorstoss Rechsteiners noch mitunterzeichnet hatte, versuchte die grosse Kammer vergeblich von diesem Schritt abzuhalten. «Die Schrumpfung des klassischen Postgeschäfts erschwert es der Post zunehmend, die Grundversorgung aus eigener Kraft zu finanzieren», erklärte er vorletzte Woche. Die Post müsse in anderen Geschäftsfeldern stark wachsen, um den Rückgang des Postgeschäfts auszugleichen. Zudem liege die Verantwortung für die einzelnen Käufe beim Verwaltungsrat der Post.

Die Post selber betont, dass sie sich bei den Zukäufen stets innerhalb der regulatorischen und strategischen Vorgaben des Bundesrates bewege. «Wir prüfen vor jeder Akquisition, dass der Kauf den Vorgaben entspricht», sagt Sprecher Dauner. Der politischen Debatte wolle man jedoch nicht vorgreifen.

Die Bundesbetriebe in die Schranken weisen wollen auch der FDP-Ständerat Andrea Caroni, Mitte-Ständerat Beat Rieder und der Chef der Grünliberalen, Jürg Grossen. Vor eineinhalb Jahren überwies das Parlament zwei Motionen von Caroni und Rieder an den Bundesrat, die ihm den Auftrag erteilten, Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen einzudämmen. Das Ziel: Unternehmen wie die Post sollen mit ihrer Finanzkraft nicht länger ungehindert in Märkten wildern können, die von privaten Anbietern eigentlich schon gut abgedeckt sind. Welche Leistungen Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten erbringen dürfen müsse deshalb gesetzlich festgelegt werden. Zugleich sollten ungerechtfertigte Konkurrenzvorteile von staatlichen Unternehmen auszugleichen

werden müssen – etwa durch finanzielle Ausgleichszahlungen oder Verhaltensvorschriften.

Caroni: «Bundesrat betreibt Arbeitsverweigerung»

Doch der Bundesrat hat sich nie ernsthaft darangemacht, den Auftrag des Parlaments zu erfüllen. Stattdessen beliess er es beim Vorschlag, dass die Bundesbetriebe in ihren rechtlich kaum verbindlichen Corporate-Governance-Richtlinien die Maxime des fairen Wettbewerbs verankern müssen. Bis im dritten Quartal 2024 will das Volkswirtschaftsdepartement entsprechende Vorschläge unterbreiten. «Der Bundesrat betreibt mit dieser Schmalspurlösung nichts anderes als Arbeitsverweigerung», ärgert sich Motionär Andrea Caroni.

Gemeinsam mit Jürg Grossen und Beat Rieder will der Ausserrhoder dafür sorgen, dass das Parlament selber die Arbeiten für ein neues Gesetz an die Hand nimmt. Die Politiker haben deshalb je eine gleichlautende parlamentarische Initiative eingereicht, die gleich lange Spiesse für private und öffentliche Unternehmen fordert. Neben den neuen Regeln für Bundesbetriebe verlangt Caroni auch die Schaffung einer Aufsichtsinstanz, welche fortan überprüft, ob eine Übernahme durch einen Bundesbetrieb den Wettbewerb verzerrt und die private Konkurrenz benachteiligt. Die Kontrolltätigkeit könnte dabei durch den Bundesrat als Eigner oder durch eine geeignete Behörde wie die Wettbewerbskommission (Weko) wahrgenommen werden. Auch macht sich der Appenzeller für die Einführung eines Beschwerderechts für betroffene Konkurrenzfirmen stark.

Klagen und Beschwerden gegen Übernahmen der Post blieben bisher erfolglos. Nach der Akquisition des Luzerner Software-Unternehmens Klara hatte der Konkurrent Abacus im vergangenen Jahr bei der Weko Anzeige eingereicht. Darin monierte Abacus, Klara könne seine Buchhaltungssoftware «aufgrund der Quersubventionierungen durch die Post-Gruppe» kostenlos anbieten. Weiter müsse der Datentransfer zwischen dem Monopolbereich der Post und Klara unterbunden werden.

Die Wettbewerbshüter jedoch kamen nach einer Marktbeobachtung zum Schluss, dass keine Anzeichen für eine unerlaubte Quersubventionierung durch die Post vorliegen. Die Beteiligung verzerre den Wettbewerb nicht. Damit zeigt sich: Ändert die Politik die Spielregeln nicht, dürfte die Post ihre Expansionssträume ungehindert weiter verwirklichen können.